



Arbeiten über die Grenze mit Mitnahme von Personal hat Österreich – wie auch bei den vorangegangenen Erweiterungsrounds – Übergangsfristen bis zu 7 Jahren angemeldet.

Mit dem Beitritt Kroatiens beabsichtigt die EU den anderen Staaten Südosteuropas zu signalisieren, dass bei entsprechendem Reformwillen und einer Annäherung an europäische Grundwerte ein EU-Beitritt möglich ist. Bis auf Bosnien-Herzegowina und Kosovo haben alle Balkanstaaten (einschließlich Albanien) ein Beitrittsansuchen gestellt; die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro gehen zügig voran und mit Serbien sollen diese 2014 eröffnet werden. Wie Kroatien sind die Beitrittskandidatenländer kleine Länder, die wirtschaftlich aber schwächer dastehen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den politischen Nationalismus trotz Beitrittsambitionen noch lange nicht überwunden haben.

Elisabeth Beer ■ AK Wien,
elisabeth.beer@akwien.at

- 1) Slowenien hat in den Beitrittskonferenzen wiederholt den Abschluss von Verhandlungskapiteln blockiert, um die Grenzstreitigkeiten in der Bucht von Piran auf europäische Ebene zu heben. Die EU hat die Position vertreten, dass diese bilateral zu lösen seien.
- 2) Die Europäische Kommission will als Sanktion die für Zagreb vorgesehenen EU-Gelder zur Vorbereitung auf den Beitritt zum Schengenraum einfrieren.
- 3) SDP = sozialdemokratische Socijaldemokratska Partija Hrvatske.
- 4) Siehe hierzu: <http://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/The-crisis-and-national-labour-law-reforms-a-mapping-exercise>.
- 5) CEFTA = Mitteleuropäisches Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Agreement).
- 6) Die kroatische Landwirtschaft hat einen BIP-Anteil von 10,9%.
- 7) Ein Viertel aller Auslandsinvestitionen.

EU-Grünbuch zur langfristigen Finanzierung der Europäischen Wirtschaft

Mehr vom selben Gift

Der Beginn des neuen Jahrtausends war gekennzeichnet durch Finanzmagie: riesige Liquidität auf den Finanzmärkten wurde durch innovative Finanzprodukte geschaffen. Anders sieht es in der Realwirtschaft aus, in der seit Jahren eine Stagnation der Investitionen zu verzeichnen ist. Das dort erwirtschaftete Geld wird stattdessen an die AktionärInnen ausgeschüttet.

Judith Vorbach und Susanne Wixforth

Das Grünbuch der EU-Kommission ■ Vor diesem Hintergrund möchte die EU-Kommission in einem im März 2013 vorgelegten Grünbuch zum Thema „langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft“¹ eine Debatte anstoßen, wie das Angebot an langfristigen Finanzierungen für wichtige Investitionen zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft verbessert und das „System der Finanzvermittlung“ in Europa gestärkt und diversifiziert werden kann. Denn 2012 stand der Weltproduktion mit rund 63 Bio. US-Dollar ein Vermögen von 1 744 Bio. US-Dollar, das von Hedgefonds verwaltet wurde, gegenüber. Zwischen 2001 und 2011 nahm die Bilanzsumme der europäischen Banken um 80% zu, während das EU-BIP im selben Zeitraum nur um 30% wuchs.

Um die EU „auf den Weg intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums zurückzuführen“ brauche es Anstrengungen zur „Deckung des großen Bedarfs an langfristigen Investitionen“, so die EU-Kommission. Dabei geht es einerseits um Investitionen in Sachanlagen, wie zum Beispiel in Infrastrukturen für Energie, Verkehr und Kommunikation, Industrie- und Serviceeinrichtungen, Technologien für Wohnen, Klimawandel und Ökoinnovation. Andererseits geht es um „immaterielle Vermögenswerte“, wie etwa Bildung und Forschung und Entwicklung. Diese Investitionen würden sowohl zur Überwindung

wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Herausforderungen beitragen, als auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Arbeitsplätze schaffen.

Der Zugang zu langfristiger Finanzierung, hänge von der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ab, bzw. wie weit dieses fähig sei, „Spargelder von Regierungen, Unternehmen und privaten Haushalten wirksam und effizient zu kanalisieren, so dass diese über offene, wettbewerbsorientierte Märkte bei den richtigen Nutzern und Verwendungszwecken ankommen“. Dies kann über Intermediäre (wie Banken, Versicherungen und Pensionsfonds) oder direkt auf den Kapitalmärkten (etwa über Aktien) erfolgen.

Die EU-Kommission gesteht dabei ein: „Seit der Finanzkrise schafft es der Finanzsektor weniger gut, Ersparnisse in langfristige Investitionen zu leiten.“ Es wurde dadurch ein „Klima der Unsicherheit und der Risikoscheu geschaffen“, welches zu Lasten der schwächeren Mitgliedstaaten und der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) geht. »

Die geringe Investitionstätigkeit ist auf geringe Absatzerwartung und nicht auf eine Kreditklemme zurückzuführen.